



Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange behinderter Menschen

Anlage zu Top 4.1



Presse- mitteilung

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin
TEL 03018 527-2723
FAX 03018 527-1871
INTERNET www.behindertenbeauftragter.de
E-MAIL benedikt.buenker@bmas.bund.de

15/2012

Berlin, 11. Mai 2012

Behindertenbeauftragter der Bundesregierung kritisiert Bundesrats-Beschluss - höhere Belastung behinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr

Der Bundesrat hat heute auf Betreiben der Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt beschlossen, behinderte Menschen mit höheren Kosten zu belasten, wenn sie den öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Der zugrundeliegende Gesetzesantrag sieht 72 statt 60 Euro pro Jahr für Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr vor. Außerdem sollen die Fahrtkosten laut Antrag regelmäßig steigen. Der Bundestag muss sich noch mit dem Gesetzentwurf befassen. „Auch wenn eine Steigerung von zunächst zwölf Euro nicht besonders viel scheint, würde es wieder einmal die behinderten Menschen besonders hart treffen, die nur ein geringes Einkommen haben und nicht von der Zahlung befreit sind. Bereits durch die höheren Rundfunkgebühren sind behinderte Menschen vonseiten der Länder belastet worden“, kritisiert Hubert Hüppe.